

Frage des Tages

Gehören die Basler Schulreformen in den Papierkorb?

Nach der SVP kritisieren jetzt auch einige Linke die Schulreformen. Halten Sie das Projekt für gescheitert? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Brauchs ein SVP-Referendum gegen PK-Sanierung der Uni?



Basler SP-Front gegen Schulreformen

In einer neu lancierten Broschüre kommen auch viele Kritiker aus dem linken Lager zu Wort

Von Franziska Laur

Basel. Lange Zeit meldeten sich vor allem SVP-Politiker zu Wort, um gegen die laufenden Schulreformen zu opponieren. Jetzt schalten sich immer mehr Linke in die Debatte ein. So nimmt eine Gruppierung von SP-Politikern, linksliberalen Professoren und Lehrern in einer 30-seitigen Streitschrift unter dem Titel *Einspruch Stellung* – unter dem 20-köpfigen Autorenteam sind mehrere Basler: SP-Ständerätin Anita Fetz, der ehemalige Kleinklassenlehrer, Roland Stark, SP-Grossrat und Gymnasiallehrer Daniel Goepfert und Anton Hügli, eigentlich Solothurner, jedoch Lehrbeauftragter am Philosophischen Seminar der Uni Basel. Auch die Federführung der Oppositionsschrift hat ein Basler inne: der Sekundarlehrer Alain Pichard; er lebt jedoch schon länger in Biel und sitzt dort als Vertreter der Grünliberalen im Stadtrat. Von ihm stammt die Initiative zum lehrplankritischen Memorandum «550 gegen 550».

Die neue Broschüre nimmt nicht zuletzt den Abbau der Lehrer-Kompetenzen und den neuen Lehrplan als «Steuerungsmodell» der Schule aufs Korn. So kritisiert Hügli, dass steuernde Eingriffe der tiefere Sinn des neuen Lehrplans 21 mit seiner «abstrusen Zerstückelung der Hundertschaften von aufgelisteten Schlüsselkompetenzen in immer kleiner werdende Teilkompetenzen» seien. Legitimiert werde alles unter Berufung auf eine Scheingerechtigkeit, die schweizweit gleiche Prüfungsergebnisse und gleiche Noten verspricht. Hügli schreibt: «Statt von der angeblichen Gerechtigkeit zu schwärmen (...), lenkt man den Blick besser auf den Preis, den man für diese Entwicklung zahlt.» Dies seien unter anderem die Verhinderung jeder öffentlichen Diskussion über das, was uns in Schule und Unterricht wichtig sein soll.

Streit um die Frühsprachen

Anita Fetz stellt in ihrem Beitrag (erschienen auch in der *Zeit*) fest, dass mit Harmos das Schulleben nicht einfacher, wie vom Volk gewünscht, sondern komplizierter geworden ist. «Die Kantone geben einander wegen des Streits



«Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren.»

SP-Ständerätin Anita Fetz

um die Frühsprachen aufs Dach, und nebenbei hat eine überambitionierte Bürokratenmaus einen Dokumentenberg geboren, der das Matterhorn vor Neid erblassen lässt.»

Tatsächlich sind die wesentlichen Punkte von Harmos nicht erfüllt – im Gegenteil, die Frühspracheneinführung hat zu einer Verkomplizierung geführt. So beginnt beispielsweise der Kanton Aargau mit Frühenglisch, die beiden Basel jedoch mit Frühfranzösisch. Das hat zur Folge, dass Rheinfelder Kinder, die mit ihrer Familie nach Muttenz zügelten, zwei Jahre zu wenig Französisch-Unterricht haben.

«Eine schweizweite oder auch nur sprachregionale Annäherung, wie wir sie wollten, sieht anders aus. Eine Vereinfachung auch», schreibt Anita Fetz und folgert: «Harmos in der heutigen Form ist gescheitert. Und zwar daran, dass das Fuder mit der Kompetenzzurechtung und mit viel bürokratischem Fleiss überladen wurde.»



«Es wird zu viel Theorie und zu wenig fachbezogene Ausbildung angeboten.»

Daniel Goepfert, Lehrer und SP-Grossrat

SP-Grossrat Daniel Goepfert hingegen hadert mit der Lehrkräfteausbildung für die Sekundarstufe I. «Auf eine kurze Formel gebracht: Es wird zu viel Theorie und zu wenig fachbezogene Ausbildung angeboten», stellt er fest.

Horrende Kosten einsparen

So genieße in der Nordwestschweiz eine Französisch- oder Englischlehrkraft nur noch vier Stunden Fachunterricht während vier Semestern. Das seien insgesamt 224 Stunden, während es bis vor Kurzem noch 550 Stunden gewesen seien. Der grosse Rest verteile sich auf Erziehungswissenschaften, Fachdidaktik, berufspraktische Studien sowie Abschlussarbeiten, die meist nicht fachspezifisch seien.

Roland Stark konstatiert in Bezug auf den Kanton Basel-Stadt, der als erster den Lehrplan 21 schon eingeführt hat: «Ein Erziehungsdirektor mit übertragenden kommunikativen Fähigkeiten, desinteressierte Parteien, narkoti-



«Der Elfenbeinturm der Schulbürokratie bekommt erste Risse.»

Roland Stark (SP), ehemaliger Kleinklassenlehrer

sierte Medien und handzahne Gewerkschaften halfen mit, dass im Kanton Basel-Stadt selbst einschneidende bildungspolitische Veränderungen störungsfrei und ohne kontroverse Debatte beschlossen werden konnten.» Und er stellt fest: «Nun scheint aber der Wind zu drehen, der Elfenbeinturm der Schulbürokratie bekommt erste Risse.»

Und als letzter *Einspruch*-Schreiber aus der Region Basel soll der Geschichtslehrer Georg M. Geiger zu Wort kommen: «Die leicht erhöhte Mobilität der Wohnbevölkerung in unserem Land lässt sich durch national definierte Lernstandards und dank Lehrkräften, die es gewohnt sind, binnendifferenziert und individualisiert zu unterrichten, bestens auffangen. Die restlichen Strukturanpassungen und die damit verbundenen horrenden Kosten kann man sich getrost sparen. Und schon gar nicht muss das historisch gewachsene föderale Bildungswesen als Ganzes geschlossen werden.»

Universitäten am Oberrhein gründen Verbund

Basel erhält Zugang zum europäischen Forschungsraum

Von Urs Rist

Basel. Der trinationale European Campus soll die Potenziale in Forschung und Lehre am Oberrhein vereinen. Die Spitzen der Universitäten Basel, Freiburg im Breisgau, Haute-Alsace und Strassburg sowie des Karlsruher Instituts für Technologie haben gestern die Gründungsdokumente des trinationalen Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit unterzeichnet, wie die Universität Basel mitteilt. Damit erhalte sie Zugang zum europäischen Bildungs- und Forschungsraum – und damit zu europäischen Fördergeldern. Ihr stehen damit ein trinationaler Hochschulraum und der Zugang zu europäischen Universitäten in der Nähe zur Verfügung. Dies bedeute eine Stärkung der Uni Basel als Lehr- und Forschungsstätte.

15 000 Forschende würden vom grenzüberschreitenden Innovations- und Wissenstransfer profitieren, und 115 000 Studierende könnten ihr Studium trinationale aufbauen. Als Verbund können die vier Universitäten und das Karlsruher Institut unter Wahrung ihrer Autonomie «gemeinsam als Antragsteller auftreten und einen gemeinsamen Struktur- und Entwicklungsplan erstellen». Gemeinsame Professuren und Servicestellen sind geplant.

«Der European Campus passt zu der von uns verfolgten Strategie der Internationalisierung at home», wird Maarten Hoenen, Vizerektor Lehre und Forschung der Universität Basel zitiert. Den Studierenden und Lernenden «stehen an den Partneruniversitäten der grenzüberschreitenden Region alle Türen weit offen», stellt Hoenen in Aussicht. Der Verbund «ist ein Modellprojekt, das im europäischen Forschungsraum einzigartig ist», erklärt Hans-Jochen Schiewer, Rektor der Universität Freiburg laut deren Mitteilung. Schon 1989 haben die Universitäten am Oberrhein eine europäische Konföderation unter dem Namen Eucoor gebildet. Der neue Verbund kann seine Arbeit aufnehmen, wenn die Behörden in Deutschland, Frankreich und der Schweiz ihn ratifiziert haben.

Warum das Baselbiet um Bundesasylzentren buhlt

Empfangszentrum in Liestal vom Tisch, Registrierzentrum geplant und Ausschaffungszentrum gesucht

Von Boris Gygax

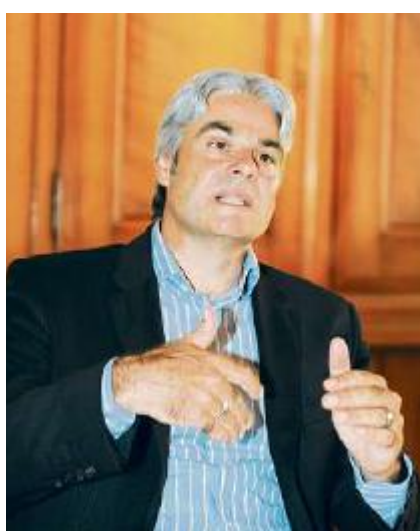
Liestal/Muttenz. Es ging Knall auf Fall: Anfang Woche entschied sich der Baslerbieter Regierungsrat, den Bund auf der Suche nach einem temporären Registrierzentrum zu unterstützen (siehe Seite 15). Dieses soll auf das Areal Feldreben in Muttenz zu stehen kom-

men. Gleichzeitig entschied der Regierungsrat, die Pläne für ein Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) im Liestaler Oristal zu begraben. Doch damit sind die Bemühungen, dem Bund Hand zu bieten, nicht vorbei: «Wir sind auf der Suche nach einem Standort für ein Ausschaffungszentrum», sagt der Baslerbieter Asylkoordinator Rolf Rossi. Da dieses – im Gegensatz zu einem EVZ – nicht Platz für 350, sondern nur 250 Personen bieten muss, kommen mehr Areale infrage als bei einem EVZ. Darum sieht Rossi die Chancen dafür «intakt».

Für viele Kantonsregierungen ist die Asylunterbringung ein heisses Eisen: Widerstand aus der Bevölkerung machte die Suche nach einem Standort für Asylzentren lange in etwa so schwierig wie jene für ein Atommüll-Endlager. Der Kooperationswille des Kantons Baselland ist jedoch unübersehbar. «Die Regierung hat grosses Potenzial in Bundesasylzentren erkannt. Flüchtlingszahlen sowie die Aufnahmequote steigen und werden dies vielleicht auch noch in Zukunft», erklärt Rossi.

Jeder vierte Flüchtling integriert

Hinter den Bemühungen steht keine vorweihnachtliche Baselbieter Barmherzigkeit, sondern nüchterne Kalkulation, Stichwort: Kompensationsgeschäft. Jeder Platz, den das Baselbiet dem Bund zur Verfügung stellt, wird vom Aufnahmekontingent eins zu eins abgezogen. Was das für den Kanton finanziell bedeutet, wenn er weniger



Für Empfangszentrum. Lukas Ott ist überzeugt, dass der Standort im Oristal ideal gewesen wäre. Foto Pino Covino

Flüchtlinge aufnehmen muss, rechnet Rossi am Beispiel des Registrierzentrums mit 500 Plätzen durch: Nach fünf bis sechs Jahren seien gemäss Erfahrungswert in etwa ein Viertel, also 125 Personen, im ersten Arbeitsmarkt integriert. Gehe man davon aus, dass diese für sich und weitere Personen sorgen können, bleiben weniger als drei Viertel der 500 Personen von der Sozialhilfe abhängig. «Mit unseren Erfahrungswerten hochgerechnet, müssten die Gemeinden mit dem Registrierzentrum bis zu sechs Millionen Franken pro Jahr weniger an direkter Sozialhilfe bezahlen.»

Ähnliche Überlegungen machte sich Lukas Ott, denn auch die Standortgemeinde profitiert vom Kompensationsgeschäft. An vorderster Front weibelte der Liestaler Stadtpräsident darum für das EVZ, getrieben von explodierenden Sozialhilfekosten. Asylbewerber bilden darin eine «signifikante Gruppe», so Ott. Dementsprechend gross ist seine Enttäuschung: «Ich war und bin noch immer überzeugt, dass dieser Standort ideal gewesen wäre.» Auch deswegen, weil es eine gute «Lastensymmetrie» zwischen Kanton und der Stadt Liestal gab. Darum schliesst Ott aus, andere, eventuell unbebaute Areale der Stadt zur Verfügung zu stellen, für die in der Stadtentwicklung bereits eine andere Rolle vorgesehen sei.

Erleichterter Militäramtsleiter

Ganz andere Stimmung herrscht bei Marcus Müller, Leiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz. «Es war für mich und meine Mitarbeiter eine grosse Erleichterung, dass wir doch nicht umziehen müssen.» Erst Anfang Jahr wurden Kräfte der Polizei und des Bevölkerungsschutzes im Ausbildungszentrum Oristal (AZO) zusammengefasst. Müller war in der Arbeitsgruppe, die einen neuen Standort für das AZO suchte. Nebst weiteren Optionen wurde auch ein Umzug in die Liestaler Kaserne geprüft. «Es zeigte sich aber von Anfang an, dass es eine schwierige Suche wird. Der neue Standort durfte nicht mehr kosten als der Verkauf der jetzigen Anlage.» Seit 2008 investierte der Kan-

ton knapp 7,5 Millionen Franken in das AZO. Finanzdirektor Anton Lauber sagte im Mai vor den Verhandlungen mit dem Bund: Diese Investitionen werde man «bei der Festsetzung eines Preises berücksichtigen». Lauber verlangte wohl einen Realersatz ohne Verlustgeschäft, die 7,5 Millionen Franken eingerechnet. Wahrscheinlich wurde es für den Bund also schlicht zu teuer.

Ott möchte das nicht glauben. «Vom Staatssekretariat für Migration erhielt ich die Auskunft, dass man sich finanziell noch immer gefunden habe.» Für ihn ist auch die Akzeptanz der Bevölkerung ein Kapital, das man bei einem solch emotionalen Geschäft einbringen muss. «Der Stadtrat hat im Auftrag des Kantons grosse Anstrengungen dafür unternommen – umsonst.» Liestal sei noch immer bereit, Hand zu bieten, jedoch sei auch klar, dass «man das mit uns nicht noch etliche Male machen kann».

swissbau
Basel 12–16|01|2016

KOSTENLOS AN DIE SWISSBAU!
Jetzt Gutschein-Code – baslerzeitung-swissbau2016 online einlösen unter: swissbau.ch/tickets

WEIHNACHTS-ÖFFNUNGSZEITEN
Freitage 09:30 – 21:00
11. Dezember – 18. Dezember
Sonntage 13:00 – 18:00
13. Dezember – 20. Dezember
Donnerstag 09:30 – 16:00
24. Dezember
GRIEDER
Basel - Eisengasse 14
brunswick group